



Der Pragmatiker aus Opfertshofen

Ständerat Hannes Germann gibt sein lokales Exekutivmandat ab – dafür lockt der Bundesrat



Wo liegt Opfertshofen? Ständerat und Gemeindepräsident Hannes Germann erklärt die Landschaft an der Grenze zu Deutschland. Foto Tanja Demarmels
RUEDI STUDER, Opfertshofen

Hannes Germann ist Ständerat, Präsident des Gemeindeverbands und Gemeindepräsident von Opfertshofen. Seine Gemeinde soll nun mit vier anderen fusionieren. Sein jetziges Exekutivmandat würde Germann dadurch verlieren. Dafür lockt das Amt

als Bundesrat.

Der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann steht am Ortseingang von Opfertshofen. Mit ausgestrecktem Arm erklärt er den Besuchern die herrliche Hügellandschaft. Er erzählt vom einstigen

Bauerdorf, das sich mittlerweile zum «Wohnort für Pendler» entwickelt hat. 140 Einwohner zählt das Dorf, das im Westen an Deutschland grenzt. Die Schule teilt sich Opfertshofen mit drei weiteren Gemeinden. Die «Reiatstube» ist die einzige Dorfbeiz.

FEIERABENDMANDAT. Seit 1997 steht Germann der Gemeinde vor, im Nebenamt. «Ein Feierabendmandat», wie er sagt. Doch geht es nach dem Willen des SVP-Politikers, ist es damit bald vorbei: Nicht nur, dass er nach drei Legislaturen sowieso von seinem Amt zurücktreten würde. Nein, das Opfertshofer Gemeindepräsidium soll gleich ganz verschwinden: Morgen Sonntag stimmen die vier Kleinstgemeinden Altdorf, Bibern, Hofen und Opfertshofen (mit insgesamt 720 Einwohnern) sowie Thayngen (4200 Einwohner) über eine Gemeindefusion ab. Und Germann setzt sich an vorderster Front für die Vorlage ein.

«KEIN ALLHEILMITTEL.» «Früher stand ich einer Fusion skeptisch gegenüber, denn Fusionen sind kein Allheilmittel», erklärt der 52-Jährige. «Doch wenn eine Gemeinde nicht mehr genügend finanzielle, personelle und andere Entwicklungsperspektiven hat, dann ist eine Fusion sinnvoll. Zumal die Autonomie der neuen Gemeinde gestärkt wird.» Das sagt Germann nicht nur als Gemeindepräsident, sondern auch als Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbands, den er seit Kurzem präsidiert. Allerdings: «Eine Fusion muss von unten kommen, und die Mentalität der Gemeinden muss zueinander passen.»

Und wie steht es um typische SVP-Postulate wie Gemeindeautonomie, Föderalismus, Bürgernähe oder direkte Demokratie? Steht eine Gemeindefusion diesen Forderungen nicht geradezu diametral gegenüber? «Ein Verlust an Bürgernähe ist nicht von der Hand zu weisen», nickt Germann. Die Verwaltung

wird nämlich in Thayngen domiziliert sein. Und anstelle der Gemeindeversammlung wird ein Einwohnerrat treten. Germann differenziert aber: «An einer Gemeindeversammlung nehmen



vielleicht gerade mal 20 Prozent der Stimmberechtigten teil, das ist – nebst den vielen Zweckverbänden, auf die wir angewiesen sind – auch problematisch.»

Zudem habe der Kanton viele Entscheidungskompetenzen bereits übernommen. «Beispielsweise im Bildungswesen», meint er, wobei er auf das weit unten gelegene Zentralschulhaus weist. «Alles Kostenrelevante bestimmt der Kanton – obwohl die Gemeinden nebst der Infrastruktur mehr als die Hälfte der Bildungskosten tragen müssen.»

POLITISCHER QUEREINSTEIGER. Germann ist zuversichtlich, dass die Stimmbürger am Sonntag dem Fusionsprojekt zustimmen werden. Und dann wird im Oktober der Gemeindepräsident der neuen Gemeinde gewählt. Der Opfershofer steht nicht zur Wahl, für ihn ist das Kapitel «Exekutive» abgeschlossen. Zumindest auf lokaler Ebene. Auf Bundesebene hingegen hat Germann durchaus Chancen, dereinst seine Exekutivverfahren einbringen zu können: Der Schaffhauser gilt als möglicher Anwärter für

einen SVP-Bundesratssitz. «Das Amt würde mich – wie viele andere Politiker auch – durchaus reizen», räumt er ein.

Der ehemalige Redaktor der «Schaffhauser Nachrichten», studierter Primarlehrer und Ökonom hat eine beachtliche politische Karriere hinter sich. Als Quereinsteiger wurde er 1997 auf Anhieb in den Schaffhauser Kantonsrat gewählt. Und 2002 schaffte er gleich den Sprung in den Ständerat. Germann gefällt es im Stöckli: «Hier arbeitet man über die Parteigrenzen hinweg zusammen. Es geht um die Sache, nicht um Ideologien.» Wirtschafts-, Steuer- und Finanzfragen sind sein Steckpferd.

NICHT IMMER GENEHM. Der zweifache Vater ist kein Haudegen à la Zürcher SVP, sondern ein zurückhaltender Pragmatiker. Das würde ihn für die anderen Parteien als Bundesrat wählbar machen. Ob ihn auch seine eigene Partei nominieren würde, ist eine andere Frage. Denn was Germann über die SVP sagt, dürfte den Parteioberen kaum passen. Der von der SVP gewählte Oppositions-

kurs sorgt bei Germann für eine «mittlere Unzufriedenheit». Nicht nur im Stil, sondern auch inhaltlich geht er nicht immer mit der Partei einig: In der Europafrage spricht er sich klar für die Bilateralen aus und damit für die Personenfreizügigkeit – inklusive Osterweiterung. Auch für Schengen/Dublin machte er sich zum Ärger seiner Partei stark.

Für eine aussenpolitische Öffnung will er sich weiterhin einsetzen. Vorläufig als Ständerat – und wer weiss, vielleicht einmal als Aussenminister der Schweiz.



Am Nordrand. Die Schaffhauser Gemeinden, die vor der Fusion stehen, liegen im nördlichsten Zipfel der Schweiz.
Grafik baz/reh

Die Zahl der Gemeinden sinkt kontinuierlich

2706 GEMEINDEN. Rund 3200 Gemeinden zählte die Schweiz im Jahr 1850. Seither ist die Zahl kontinuierlich gesunken, doch erst 1995 sank die Zahl unter 3000. Aktuell zählt die Schweiz 2706 Gemeinden. «Gemeindefusionen liegen im Trend», sagt Reto Steiner vom Kompetenzzentrum für Public Management von der Universität Bern. Die Aufgaben der Gemeinden seien in den letzten Jahren komplexer geworden, und von Seiten des Kantons kämen immer mehr Auflagen, die zu erfüllen seien. «Da stossen Klein- und Kleinstgemeinden an ihre Grenzen.» Zudem hätten viele kleinere Gemeinden mit personellen und finanziellen Problemen zu kämpfen. Gemeinden mit wenigen Hundert Einwohnern

gehören daher zu den typischen Fusionskandidatinnen. Doch auch grosse Gemeinden sind an Fusionen interessiert. «Diese stehen im nationalen Wettbewerb und haben oft kein Bauland mehr. Mit Fusionen wollen sie sich erweitern und ihre Standortattraktivität steigern», erklärt Steiner und nennt die Fusion von Luzern und Littau als Beispiel. Am stabilsten sei die Situation bei mittelgrossen Gemeinden mit 2000 bis 10 000 Einwohnern. Da gebe es relativ wenige Fusionsprojekte.

LOHNEND. Die Fusionsprojekte würden sich für die Bürger meist lohnen, sagt Steiner. «Insbesondere im Dienstleistungsbereich bringt eine

Fusion viel, beispielsweise durch längere Öffnungszeiten der Verwaltung.» Aber auch die Gemeindeautonomie sieht er gestärkt, indem die Einwohner selber über grössere Projekte entscheiden könnten und weniger die Zusammenarbeit mit andern suchen müssten. Finanzielle Sparziele hingegen würden nur selten realisiert, weil die Steuersätze oft jenen der steuergünstigsten Gemeinde angepasst würden, die Dienstleistungsqualität hingegen jener der besten Gemeinde. «In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehrere Hundert Gemeinden fusionieren», prognostiziert Steiner. Längerfristig gesehen rechnet er mit einer Reduktion auf gut 1000 Gemeinden. rus